

Beschluss des Landrats vom 23.04.2026

Nr. 1694

20. Fragestunde der Landratssitzung vom 23. April 2026 2026/4662; Protokoll: cr

1. Thomas Noack: Tariferhöhung des TNW

Keine Zusatzfragen.

2. Martin Dätwyler: Temporeduktion Eggfluehtunnel

Martin Dätwyler (FDP) sagt, seine Fragen seien Ausdruck eines grossen Frusts im Laufental über die Temporeduktion. Die schlechte Kommunikation des Bundesamts für Strassen (ASTRA) bringt das Fass wirklich zum Überlaufen. Denn die wahren Probleme, nämlich die Engpassbeseitigung, schiebt der Bund auf die lange Bank.

Zusatzfrage 1: *Ist dem Regierungsrat bekannt, weshalb das ASTRA sich gegen eine dynamische Signalisation ausgesprochen hat, obwohl die basellandschaftliche Polizei diese durchaus in Erwägung gezogen hatte?* Zusatzfrage 2: *Ist der Regierungsrat bereit, sich zugunsten der Bevölkerung des Laufentals für eine Rückkehr zum alten Regime (d. h. 80 km/h) oder zumindest für eine dynamische Signalisation einzusetzen?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) führt aus, die Situation sei eigentlich klar: Die Verantwortung für das Regime liegt beim ASTRA. In diesem Sinne akzeptiert die Rednerin als Regierungsrätin den Entscheid des ASTRA. Es wäre schwierig, zu intervenieren, wenn davon auszugehen ist, dass der Entscheid bewusst und nach Abwägung verschiedener Gründe getroffen wurde. Entsprechend würde Regierungsrätin Kathrin Schweizer nicht beim ASTRA intervenieren. Die genauen Gründe für den und Details zum Entscheid kennt sie selbst nicht. Der Kanton hat im Vorfeld mehrfach die Möglichkeit einer dynamischen Signalisation eingebracht. Der Entscheid lag am Schluss jedoch beim ASTRA.

Für **Marco Agostini** (Grüne) spielt es keine Rolle, ob eine Höchstgeschwindigkeit von 80 oder 100 km/h gilt. Zusatzfrage: *Was bedeutet der Entscheid für Grellingen? Weichen mehr Leute aus, wenn nun 80 km/h gilt oder wird dies noch geprüft werden?* Die Ausweichroute via Grellingen ist immer noch vorhanden. Der Kanton sollte prüfen, ob es zu mehr Ausweichverkehr kommt.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, in der Medienmitteilung des ASTRA stehe: «Die bisherigen Massnahmen, wie zum Beispiel eine doppelte Sicherheitslinie, Reflektoren sowie betriebliche Optimierungen reichen nicht aus.» Bei den ersten beiden versteht Jan Kirchmayr, was damit gemeint ist. Zusatzfrage: *Was sind betriebliche Optimierungen?* Vielleicht kann diese Antwort nachgeliefert werden, da der Baudirektor gerade nicht anwesend ist.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) erklärt, es gehe um Tempo 60 km/h im Eggfluehtunnel. Der Ausweichverkehr dürfte vor allem dann stattfinden, wenn es Stau gibt und nicht einmal 60 km/h gefahren werden kann. Ansonsten ist Ausweichverkehr kaum vorstellbar. Grellingen hat dem ASTRA einen Brief geschrieben, um das Anliegen zu deponieren, den auch die Rednerin zur Kenntnis erhielt. Der Frage wird somit sicher nachgegangen.

Die Frage zu den betrieblichen Optimierungen kann die Rednerin nicht aus dem Stegreif beantworten. Man muss jedoch sehen, dass es sich jedoch um einen Unfall-Hotspot handelt. Ein Unfall schränkt den ganzen Verkehrsfluss massiv stärker ein als das Regime, das seit Anfang Woche gilt. Grundsätzlich kann nur ausserhalb der Stosszeiten von einer höheren Geschwindigkeitslimite

profitiert werden. Während der Hauptverkehrszeiten ist der Verkehr meist so dicht, dass kaum mehr als 60 km/h gefahren werden kann.

Marc Scherrer (Die Mitte) sagt, das Thema bewege, weshalb auch eine Petition lanciert worden sei. Innerhalb von 24 Stunden wurden für diese über 6'000 Unterschriften gesammelt. Heute hat Marc Scherrer zudem noch ein Postulat zum Thema eingereicht. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Solothurn und dem ASTRA klärt, wie es zu dieser unsäglichen Situation gekommen ist. Niemand wurde vorinformiert, auch nicht die Gemeinden. Abends um 17 Uhr sind 60 km/h für die Fahrt durch den Tunnel wirklich unsäglich. Bezüglich Unfall-Hotspot hat Marc Scherrer nachgefragt, wann die Unfälle passieren würden. Sie geschehen, wenn es viel Verkehr gibt und man sowieso nicht 80 km/h, sondern eher im Lauftempo fährt.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) ermahnt Marc Scherrer, zur Zusatzfrage zu kommen.

Marc Scherrer (Die Mitte) muss sich nun noch schnell eine Zusatzfrage überlegen [*Heiterkeit*].
Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat bereit, gemeinsam mit dem Kanton Solothurn, dem Landrat und den Personen, die die Petition unterschrieben haben, für eine gute Lösung zu sorgen?* Die aktuelle Situation ist wirklich nicht zielführend.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, wenn die Petition eingereicht werde, werde sie selbstverständlich sorgfältig bearbeitet. Auf Bundesebene hat nun auch der Nationalrat reagiert. Der Kanton Solothurn erhält wohl jeweils direkt Antworten, während die Rednerin nur Briefträgerin des ASTRA ist.

Die meisten Unfälle geschehen während den Stosszeiten, aber dabei handelt es sich meistens nicht um die schweren Unfälle. Jene geschehen bei höheren Geschwindigkeiten – und dies soll verhindert werden. Dass der Eggfluetunnel diesbezüglich ein Hotspot der Schweiz ist, hat die Rednerin überrascht und auch etwas beunruhigt, denn er dient der Sicherstellung der Erschliessung der Regionen. Wenn so viele Unfälle verursacht werden, muss sicher genau hingeschaut werden. Deshalb wird das ASTRA unterstützt, wenn es die Situation verbessern will. Es ist zu hoffen, dass die Sperrung nicht zu lange bestehen bleibt. In der kurzen Zeit konnte die Direktion zu dieser Frage jedoch leider keine Antwort erhalten.

3. Jan Kirchmayr: Folgen des «Merkblatt des Amtes für Volksschulen für Schulreisen, Schullager und Projektwochen» für die Durchführung von Exkursionen in den Primarschulen

Keine Zusatzfragen.

4. Dario Rigo: Frühfranzösisch

Dario Rigo (Die Mitte) sagt, der Regierungsrat habe dem Landrat letztes Jahr in Aussicht gestellt, dass dieser Bericht Ende Jahr vorliegen und die Grundlage für eine breite politische Debatte bilden werde. Offensichtlich befindet sich dieser Bericht jedoch noch unter Verschluss. Zusatzfrage: *Warum traut der Regierungsrat dem Landrat und der Öffentlichkeit nicht zu, auch ohne administrative Vorsondierung seine eigenen Schlüsse aus dem Bericht zu ziehen?*

Jan Kirchmayr (SP) stellt folgende Zusatzfragen: *Weshalb wird der Bericht unter Verschluss gehalten, anstatt ihn jetzt schon der Öffentlichkeit zu kommunizieren? Welcher Vorteil wird darin gesehen, dass der Bericht im stillen Kämmerchen mit ausgewählten Gremien alleine besprochen wird, anstatt eine öffentliche Debatte zu ermöglichen, die sicher sinnvoller und zielführender ist?*

Antwort: Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) führt aus, als seine Vorgängerin ihm diesen Bericht überreicht habe, habe er sich überlegen müssen, wie damit umzugehen sei. Ihm erschien es prioritär, den Bericht zuerst dem Auftraggeber, nämlich dem Bildungsrat, zur Kenntnis bringen. Dies erfolgte im März und im April in zwei Sitzungen, wobei die zweite Sitzung gestern stattfand. Die gleiche Präsentation ist auch für die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vorgesehen. Es gibt jedoch noch weitere Stakeholder im Bildungsbereich, namentlich Schulleitungen und Lehrpersonen, die direkt davon betroffen sind und entsprechend auch informiert werden sollen. Anschliessend steht einer Veröffentlichung nichts entgegen. Ursprünglich war vorgesehen, den Bericht zusammen mit der Präsentation des weiteren Vorgehens zu veröffentlichen. Nun ist grosses Interesse am Bericht festzustellen, so dass selbstverständlich noch einmal überprüft wird, ob die für Sommer 2026 vorgesehene Veröffentlichung vorgezogen werden könnte.

Die Erwartungen an den Bericht sollten jedoch nicht zu hoch sein. Der Bericht enthält eine Standortbestimmung. Das Projekt bestand aus mehreren Teilprojekten und im Bericht sind Umfragen, genauere Auswertungen des heutigen Status der Grundkenntnisse der Schülerinnen und Schüler sowie mögliche Massnahmen enthalten. Diese Massnahmen sollen nicht beschlossen und umgesetzt werden, vielmehr handelt es sich um eine breite Palette an Rädchen, an denen gedreht werden kann. Bevor gedreht wird, muss allerdings noch überlegt werden. Denn die Rädchen sollen nicht alle zwei Jahre wieder zurückgedreht werden müssen. Wie letzte Woche bekannt gegeben, ist – da auch ein Stück weit eine regionale Abstimmung erreicht werden soll – folgendes Vorgehen vorgesehen: Bis zum Sommer 2027 sollen mehrere Varianten für eine Änderung am Sprachkonzept erarbeitet, bewertet und miteinander verglichen werden. Und schliesslich soll entschieden werden, welche Variante umgesetzt werden soll. Entscheide werden somit erst im Laufe des Jahres 2027 fallen. Daher braucht es noch ein bisschen Geduld. Die Standortbestimmung hat gezeigt – und auch die Diskussion zeigt –, dass nicht nur einfach über den Startzeitpunkt diskutiert werden kann. Denn dieser ist nicht der einzige Faktor, der den Erfolg des Sprachunterrichts ausmacht. Vielmehr sind andere Faktoren ebenso zu berücksichtigen. Zudem führt das Drehen an einem Rädchen zu weiteren Veränderungen. Hierbei muss gut aufgepasst werden, denn es gibt jeweils einen Versuch, um das System in der Bildung zu ändern. Man kann nicht etwas ausprobieren und es zwei Jahre später wieder anpassen. Zudem zeigt sich der Erfolg erst sehr viel später. Daher muss noch gut überlegt und abgewogen werden, welche Variante am Schluss umgesetzt werden soll.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
